

EUROPA

Nicht zum Nulltarif, aber ...



Da lacht der spanische Premier: José M. Aznar stößt mit seiner Forderung nach weiteren EU-Regionalgeldern bei Romano Prodi auf offene Ohren. (Foto: Europäische Kommission)

... muss es wirklich so viel sein? Romano Prodi hat mit seinem Vorschlag für den künftigen EU-Haushalt große Forderungen gestellt. Doch ausreichend begründet hat er sie nicht.

Es sollte wohl sein letzter großer Wurf werden. Als Romano Prodi diese Woche den EU-Haushaltsentwurf für die Jahre 2007 bis 2013 präsentierte, konnte sich der Kommissionspräsident sicher sein: Seine Finanzvorstellungen werden der zündende Gesprächsstoff in Europa für die kommenden Monate, gar Jahre sein. Um über 40 Prozent, von derzeit knapp 100 auf über 143 Milliarden Euro im Jahr 2013, soll der Etat in der nächsten Finanzperiode aufgestockt werden. Das entspricht einem Anteil von 1,15 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung. Für Prodi ist dieser Haushaltszuwachs nur folgerichtig: Schließlich gilt es, auch in einem erweiterten Europa Wohlstand und Beschäftigung zu sichern, Forschung und Bildung zu verbessern und vor allem den strukturschwachen neuen Mitgliedstaaten unter die Arme zu greifen. Solidarität mit dem Osten - das ist es denn auch, was der Premierminister Jean-Claude Juncker seinen Amtskollegen in Berlin und Paris großmütig predigt.

Die hingegen sind über die Spendierfreude der Kommission gar nicht froh. Im Gegenteil: "Man kann von uns nicht einerseits verlangen die Staatsquote zu senken, und andererseits mehr Geld nach Brüssel zu zahlen", empört sich ein verärgelter deutscher Finanzminister Hans Eichel. Deutschland und Frankreich gehören zu den größten Nettozahlern. Das heißt, sie zahlen mehr Mitgliedsbeiträge an die EU als sie an Subventionen wieder zurück bekommen. Gleichzeitig kommt die Wirtschaft in beiden Ländern nur allmählich wieder in Schwung. Die Furcht, den notdürftig reparierten Wirtschaftsmotor gleich wieder abzuwürgen, ist groß. Kein Wunder also, dass Deutschland und Frankreich bereits im Dezember in einem Brief an die Kommission eine Ausgabenbegrenzung von einem Prozent gefordert hatten. Alle Nettozahler hatten den Text unterschrieben - bis auf Belgien und Luxemburg.

Doch was von luxemburgischen Politikern jeder Couleur eifrig vertreten wird und rein rechnerisch zunächst logisch erscheint, dass nämlich zehn neue Mitgliedstaaten und mehr Aufgaben eine derartige Erhöhung des EU-Etats unausweichlich machen, ist nicht zwangsläufig richtig. Sicherlich, die Erweiterung gibt es schon jetzt nicht zum Nulltarif. Vor allem Großprojekte wie die von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg gewünschte, gemeinsame europäische Verteidigung würden sehr viel Geld kosten. Aber weder ist klar wie viel, noch welche europäische Staaten überhaupt mitmachen werden - ergo können realistische Aussagen über diesen Ausgabenposten im EU-Etat heute noch nicht gemacht werden. Zudem wird der Haushalt in den nächsten Jahren ohnehin höchstwahrscheinlich wachsen: Weil sich der Mitgliedsbeitrag an der nationalen Wirtschaftsleistung orientiert, kommt mit der Konjunktur auch mehr Geld nach Brüssel. Wirtschaftsexperten sind optimistisch und haben dem Euroraum bereits für dieses Jahr ein zweiprozentiges Wachstum verkündet. Insofern handelt es sich bei der Ausgabenbegrenzung genau genommen nicht um eine "Deckelung", wie Romano Prodi behauptet.

Lieber Weihnachtsmann ...

Prodis Wunschliste ist aber nicht nur bedenklich, weil sie im eklatanten Widerspruch zum derzeitigen Brüsseler Sparauftrag, dem Stabilitätspakt, steht. Sie ist es auch wegen der inhaltlichen Schwerpunkte. Als größter Einzelposten schlagen die Agrarhilfen von 57 Milliarden Euro zu Buche - Milchseen und Butterberge werden also weiterhin die europäische Landwirtschaft prägen. Der Verweis Prodis, die Regierungschef hätten die Höhe der Landwirtschaftsausgaben selbst zu verantworten, stimmt so nicht. Zwar haben Paris und Berlin in der Tat kräftig gekungelt und EU-Kommissar Franz Fischlers Agrarreform mit Zugeständnissen vor allem an die französischen Bauern entscheidend geschwächt, geeinigt wurde sich allerdings auf eine Obergrenze. Und innerhalb dieser kann Prodi durchaus sparen.

Nachvollziehbarer scheint dagegen der Gedanke, die Subventionen für wirtschaftlich schwache Regionen um rund 30 Prozent anzuheben; schließlich treten insbesondere mit Estland, Lettland, der Slowakei, Slowenien, Ungarn und Tschechien wirtschaftliche Leichtgewichte der EU bei. Dies aber nur auf den ersten Blick, denn die Haupt-Nutznieser der geplanten Strukturausgaben sind eben nicht arme osteuropäische Neumitglieder. Über die Hälfte der Subventionen sollen an "alte" Empfänger-Länder gehen. Prodi

und seinen KommissarInnen hilft ein kleiner Rechentrick: Nach ihrer Zählart haben alle Regionen mit einer Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts Anspruch auf Unterstützung aus Brüssel. So erhält neben Griechenland und Ostdeutschland Spanien großzügige Finanzspritzen. Auch wenn es dort weiterhin wirtschaftlich benachteiligte Regionen gibt, stellt sich die Frage, ob das Land mit einer Wachstumsrate von gut drei Prozent diese Hilfe tatsächlich verdient.

Prodis Rechnung klammert weitere wichtige Fakten aus. In Brüssel warten bis heute insgesamt rund 105 Milliarden Euro Fördermittel auf ihre Abnehmer. Das ist mehr als der gesamte gegenwärtige Jahreshaushalt der EU. Besonders im Bereich der Regionalpolitik ist der Überhang groß - nahezu 75 Milliarden wurden seit 2001 bewilligt, von den Empfängern aber nie abgeholt. Hauptgrund hierfür: Es fehlt an geeigneten Projekten. Selbst wenn eins gefunden wird, ist das noch längst keine Garantie für eine sinnvolle nachhaltige Investition. Man denke etwa an die Milliardenflops Cargolifter oder Lausitzring des ehemaligen Pleiten-Ministerpräsidenten und jetzigen Pannen-Verkehrsministers Manfred Stolpe im ostdeutschen Brandenburg. Traurige und überdies sehr teure Beispiele, die vor einer übereilten Zustimmung zum Kommissionsvorschlag warnen.

... lass mich bald ran

Und noch etwas sollten BefürworterInnen des jetzigen Ausgabenentwurfs bedenken. Eine Priorität der Kommission heißt nachhaltige Entwicklung. Der Text lässt jedoch keinen Zweifel daran, wie diese zu verstehen ist. Europäische Unternehmen und deren ArbeitnehmerInnen sollen flott gemacht werden für den globalisierten Markt. Ob Arbeitsmarktprogramme, mehr Bildung und Forschung oder neue Umwelttechnologien - auffällig häufig steht im Kommissionsvorschlag an erster Stelle die Wettbewerbsfähigkeit als Begründung für steigende Ausgaben.

Bleibt zum Schluss noch eine Binsenweisheit: Viel mehr Geld ist gleich viel mehr Macht. Auch wenn Kommissionspräsident Prodi die Umsetzung welchen Finanzplans auch immer nicht mehr direkt mit erleben wird - seine Amtszeit endet mit den Europawahlen im Juli und die äußerst strittige EU-Finanzplanung für 2007 bis 2013 wird möglicherweise erst 2006 endgültig stehen -, dem Nachfolger kann eine finanziell gestärkte Kommission nur Recht sein. Und wer weiß? Vielleicht hat ja eines Tages auch Juncker was davon.

Ines Kurschat

Gewerkschaft in der Waagschale

Arcelor goes East - und der OGBL macht sich Sorgen um die Arbeitsplätze, die dadurch in Luxemburg verloren gehen. Der Vorstand der Gewerkschaft beschäftigte sich am vergangenen Dienstag unter anderem mit den Plänen des Stahlriesen, einen Teil seiner Produktion nach Osteuropa zu verlagern und dafür einen Teil seiner luxemburgischen Standorte zu opfern. So seien zum Beispiel Bissen und Bettembourg betroffen. Es dürfe keinesfalls zu Entlassungen kommen, verkündete der OGBL.

Noch im vergangenen Jahr hatten sich die luxemburgischen Gewerkschafter weit weniger aus dem Fenster gelehnt, als Arcelor-Arbeiter aus Belgien und Frankreich vor den Hauptsitz des Konzerns am Rousegärtchen zogen und gegen die Schließung mehrerer Standorte demonstrierten. Wegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen der wütenden Stahlarbeiter gegen eine martialisch hochgerüstete Polizeiübermacht hatte der OGBL nicht an den Demonstrationen teilgenommen. Er lasse seine Leute nicht zusammenknüppeln, hatte John Castegnaro damals gegenüber der woxx gesagt. Der Gewerkschaftschef sitzt übrigens auch im Verwaltungsrat der Arcelor. Dort kann er dann sein Stimmgewicht in die Waagschale legen, wenn es um den Abbau der Arbeitsplätze geht.

Immigration bleibt rechtsfrei

Die Immigration nach Luxemburg befindet sich weiterhin im rechtlichen Vakuum. Davon ist die Association de soutien aux travailleurs immigrés (Asti) überzeugt. Nach wie vor fehlen Familienzusammenführung, Zulassung von StudentInnen aus Drittländern und im Bereich der Sans-Papiers eine rechtliche Grundlage, sagte Asti-Präsident Serge Kollwelter am Mittwoch bei einer Pressekonzferenz.

Alles in allem begrüßt die Ausländerhilfsorganisation den jüngst präsentierten Bericht der parlamentarischen Sonderkommission "Immigration". Ein klares Konzept fehle jedoch. Ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei aber immerhin, dass eine Orientierungsdebatte über das Thema zu Stande gekommen sei. Ebenso positiv bewertet die Asti, dass wieder über die doppelte Staatsbürgerschaft diskutiert werde. Ein Allheilmittel ist der Doppelpass nach den Worten Kollwelters aber nicht.

Darüber hinaus warnte der Asti-Chef davor, Integrationspolitik rein unter ökonomisch-utilitaristischen Gesichtspunkten zu betrachten. Auf schulische und kulturelle Aspekte der Integration müsse verstärkt eingegangen werden.



Woxxi sucht Hotelkette

Paris Hilton ist noch nie Bus gefahren. Dies gestand die Erbin der gleichnamigen Hotelkette kürzlich in einem Interview. "Aber ich saß schon in einem Taxi", verriet das Partygirl.

Mit dem Taxi fahren die woxxies eher selten. Das ist in Luxemburg einfach zu teuer. Deshalb sind sie aufs Busfahren angewiesen - und damit der Willkür der Busfahrer ausgeliefert. Einer der woxxies führt mittlerweile sogar einen regelrechten Kleinkrieg gegen diese Spezies. Nicht nur dass er schon unzählige Male Opfer von Verspätungen wurde. Auch die Fluchtiraden der Busfahrer registriert er zusehends mit Kopfschütteln. Ist das etwa das neue luxemburgische Verkehrskonzept? Service total in seiner Steinzeitform. Dass die Busfahrer ihre Pistenreservate für Fahrexzesse in Wildwestmanier nutzen, ist längst bekannt. Dass sie unfreundliche Zeitgenossen sind, ebenfalls. Dass sie aber Passagieren das Ticket aus der Hand reißen und dann wie von der Tarantel gestochen losbrüllen, wie es diese Woche der Partnerin des woxxis erlebte, ist völlig neu. Da wäre der woxx-Redakteur doch lieber Erbe einer Hotelkette.